

**BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT,
JUGEND UND FAMILIE****A-1015 Wien, Himmelpfortgasse 8
Postfach 10
Telefon 51 433 /1106
Durchwahl****Präsidium**

Zl. 53 0201/22-Pr.1/90
Begutachtungsverfahren;
Entwurf eines Bundesgesetzes
mit dem das Ausländerbeschäfti-
gungsgesetz geändert wird;
Stellungnahme des Bundes-
ministeriums für Umwelt,
Jugend und Familie

Sachbearbeiter:

An das
Präsidium des Nationalrates

Parlament
1017 W I E N

Betrifft GESETZENTWURF	
Zl.	53 0201/22-Pr.1/90
Datum:	2. März 1990
Verteilt	5.4.90 Lager

H. Hager

Im Sinne der Entschliebung des Nationalrates, betreffend die Begutachtung der an die vorberatenden Körperschaften und Zentralstellen versendeten Gesetzentwürfe beehrt sich das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie, in der Anlage seine Stellungnahme zu dem vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales erstellten und mit Schreiben vom 15. Februar 1990, Zl. 35.401/3-2/90, versendeten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Ausländerbeschäftigungsgesetz geändert wird, in 25-facher Ausfertigung zu übermitteln.

Anlage: 25 Kopien

29. März 1990
Für den Bundesminister:
i.V. Dr. Binder

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

[Handwritten signature]

**BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT,
JUGEND UND FAMILIE****Präsidium**

A-1015 Wien, Himmelpfortgasse 8
Postfach 10
Telefon 51 433 / 1106
Durchwahl

Zl. 53 0201/22-Pr.1/90
Begutachtungsverfahren;
Entwurf eines Bundesgesetzes
mit dem das Ausländerbeschäfti-
gungsgesetz geändert wird;
Stellungnahme des Bundes-
ministeriums für Umwelt,
Jugend und Familie

Sachbearbeiter:

An das
Bundesministerium für
Arbeit und Soziales

Stubenring 1
1010 W I E N

Zum Schreiben vom 15. Februar 1990, Zl. 35.401/3-2/90, beehrt sich das Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie folgende Stellungnahme zu übermitteln:

Zu Artikel I Z 1 lit.h

Die vorgesehene Formulierung hinsichtlich der Beschäftigung von Ausländern in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis scheint problematisch und irreführend.

Sie sollte dahingehend geändert werden, daß - wie in den erläuternden Bemerkungen dargelegt wird - neben österreichischen Staatsbürgern nur Südtiroler in ein öffentlich-rechtliches Dienstverhältnis ernannt werden können (vergl. BGBl.Nr. 57/1979, § 2).

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme wurden dem Präsidium des Nationalrates zugeleitet.

29. März 1990
Für den Bundesminister:
i.V. Dr. Binder

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

